

Eine Rückschau
auf die ersten Wochen
von Schwarz-Rot

Die Zeit der Inszenierung ist vorbei

Thomas de Maizière

Die neue Bundesregierung wird am 1. März ihre ersten hundert Tage absolviert haben. Der Zeitraum, den man einer neuen Regierung allgemein als Schonfrist einräumt, ist vorbei.

Doch die Bundesregierung wurde in ihrer Anfangszeit nicht wirklich geschont. Da waren die Entführungen von Susanne Osthoff, die der Familie Chrobog im Jemen sowie im Januar von zwei deutschen Ingenieuren im Irak. Vorwürfe über CIA-Flüge und -Gefängnisse, die Rolle des Bundesnachrichtendienstes im Irak und die Ankündigung des iranischen Atomprogramms standen auf der Tagesordnung des neu gewählten Kabinetts. Konnte die Bundesregierung agieren, anstatt zu reagieren? Schenkt man einem großen Teil der Medien Glauben, so möchte man meinen, dass die Deutschen in den vergangenen Wochen nichts mehr bewegt hat als diese Themen. Natürlich hat die Bundesregierung diese Fragen gelöst beziehungsweise strebt sie Lösungen wie in der Iran-Frage auf internationalem Parkett an.

Aber hat die Bundesregierung nicht in erster Linie die Aufgabe, sich um ein Leben in Deutschland in Wohlstand und Sicherheit zu kümmern? Und all das unter den Bedingungen von Globalisierung, demografischem Wandel, hoher Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung?

Union und SPD haben sich ein dichtes Programm für vier Jahre vorgelegt. Sie arbeiten es Schritt für Schritt ab. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungs-erklärung auch begründet, warum es Er-

folg versprechend ist, große Vorhaben Schritt für Schritt abzuarbeiten: „Das ist ein moderner Ansatz. So hat sich zum Beispiel herausgestellt, dass die Vernetzung vieler kleiner Computer sehr viel leistungsfähiger ist als ein Großrechner. Letztlich beruht das gesamte Internet auf diesem Gedanken.“

Viele schnelle Schritte

Wie sahen die ersten Schritte aus? Die Bundesregierung beschließt in ihrer ersten ordentlichen Kabinetsitzung, bestimmte Steuersparmodelle wie zum Beispiel Beteiligungen an Hollywood-Filmen oder den Bau von Schiffen in Korea nicht mehr zu fördern.

Fünf Tage darauf passiert ein steuerliches Sofortprogramm zur Konsolidierung des Haushalts das Kabinett. Für Neufälle wird die Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006 abgeschafft. Reformen auf dem Arbeitsmarkt werden auf den Weg gebracht. Die Existenzgründerförderung (Ich-AG) wird Mitte 2006 neu geordnet, die Verpflichtung, Personal-Service-Agenturen einzurichten, wird aufgehoben.

In ihrer Regierungserklärung am 30. November 2005 ermutigt die Bundeskanzlerin alle Bürgerinnen und Bürger, mehr Freiheit zu wagen. Sie erläutert ihre Herangehensweise an die Aufgaben, damit in Deutschland Wohlstand gewahrt und Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann. Sie kündigt Reformen für mehr Wachstum und weniger Bürokratie an.

Die Regierungskoalition beschließt noch im Dezember im Bundestag, zahl-

reiche überflüssige Gesetze abzuschaffen und bürokratische Hemmnisse zu beseitigen, insbesondere um Planungsverfahren zu beschleunigen. Unternehmen sollen ihre Eintragungen ins Handelsregister künftig auf elektronischem Weg eingeben und einsehen können. Der Bund beteiligt sich wie bisher mit 29,1 Prozent an den Kosten der Unterkunft für Bezieher von Arbeitslosengeld II.

In der Kabinetsitzung vom 20. Dezember 2005 werden weitere Steuerschlupflöcher geschlossen. Für Selbstständige gilt die bisherige günstige Dienstwagenbesteuerung künftig nur noch bei Fahrzeugen, die zu mehr als fünfzig Prozent betrieblich genutzt werden. Die Zulassung osteuropäischer Saisonkräfte wird neu geregelt. Inländische Arbeitslose sollen verstärkt vermittelt werden.

Bei der Klausur am 9. und 10. Januar in Genshagen wird die weitere Arbeit der Bundesregierung besprochen. Zur Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung einigen sich die Kabinettsmitglieder auf Maßnahmen im Umfang von rund fünfundzwanzig Milliarden Euro bis 2009: Forschung und Entwicklung sowie die Privathaushalte als Arbeitgeber sollen gefördert werden. Die Verkehrsinvestitionen werden deutlich erhöht. Das belebt Mittelstand und Wirtschaft. Das Kabinett vereinbart auch einen Fahrplan zur Reform des Gesundheitswesens und der Pflegeversicherung sowie für mehr Beschäftigung niedrig Qualifizierter. Gleichermaßen gilt für die Unternehmenssteuer wie für das weitere Vorgehen zum Abbau von Bürokratie. Die Reform des Föderalismus wird beschlossen. Zudem bekräftigt die Bundesregierung ihr Ziel, ab 2007 das Maastricht-Defizitkriterium wieder einzuhalten.

Am 18. Januar 2006 wird eine der Verabredungen von Genshagen, die Steuererleichterung bei haushaltsnahen Dienstleistungen, konkret und rückwir-

kend zum 1. Januar 2006 beschlossen. Die Neuregelung des Saisonkurzarbeitergeldes soll dazu beitragen, die Winterarbeitslosigkeit zu senken.

Im Jahreswirtschaftsbericht, der am 25. Januar vom Kabinett beschlossen wurde, kann die Bundesregierung erstmals nach Jahren der Stagnation eine hoffnungsvoll stimmende Prognose von 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum für 2006 geben. Dabei hat sie ihre Prognose – auch dies ist neu in den letzten Jahren – an den niedrigsten und nicht den höchsten Erwartungen der Wirtschaftsforschungsinstitute ausgerichtet.

Der Haushalt für 2006 ist aufgestellt und Pflöcke bei der Reform der Rentenversicherung sind eingeschlagen.

Außenpolitische Dynamik

Auf dem Europäischen Rat in Brüssel am 15. und 16. Dezember 2006 beschließen die Staats- und Regierungschefs auf Vorschlag der Bundeskanzlerin, die Finanzen für 2007 bis 2013 auf rund 860 Milliarden Euro zu begrenzen. Ohne diesen Kompromissvorschlag wären die Ratsmitglieder vermutlich nicht mit einer Einigung über den finanziellen Rahmen der kommenden Jahre auseinander gegangen.

Am 13. Januar trifft die Bundeskanzlerin US-Präsident George Bush. Themen der Gespräche sind die Verbesserung der transatlantischen Beziehungen, die Stärkung von Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit von EU und NATO sowie Menschenrechtsfragen.

Gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, zu dem sie am 16. Januar nach Moskau reist, unterstreicht sie die Bedeutung Russlands als strategischer Partner Deutschlands und der EU. Ein Treffen mit Vertretern der Zivil-Gesellschaft setzt ein sichtbares Zeichen für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos Ende Januar wirbt die Kanzlerin für

Soziale Marktwirtschaft in den Zeiten der Globalisierung und für Bürokratieabbau innerhalb der EU. Sie unterstreicht vor dem internationalen Auditorium ihre Herangehensweise der kleinen Schritte.

Bei ihrem Besuch in Israel und den palästinensischen Gebieten betont sie, dass die besonderen Beziehungen zu Israel ein unverrückbarer Eckpfeiler deutscher Außenpolitik bleiben werden. Zugleich formuliert sie unmittelbar nach dem überraschenden Sieg der Hamas gegenüber dem palästinensischen Präsidenten die Kernbedingungen für eine Zusammenarbeit mit der zukünftigen Regierung: Anerkennen des Existenzrechtes Israels, Abschwören der Gewalt und Einhalten der bisherigen Vereinbarungen im Friedensprozess.

Die wöchentlichen Umfragen der Institute konstatieren eine wachsende Beliebtheit der Bundeskanzlerin. Natürlich stimmt auch die von Woche zu Woche wachsende Zustimmung zur Arbeit der Union zuversichtlich, auch wenn Umfragewerte ein flüchtiges Gut sind, wie die Union bitter lernen musste.

Doch die Zustimmung zur Arbeit der Regierung resultiert noch aus etwas anderem: Die Zeit der Inszenierung ist vorbei.

So schrieb der Publizist Ulf Poschardt am 24. Januar 2006 in der *Welt*: „In Merkel kommt das Normale zu sich. Was die Amerikaner ‚common sense‘ nennen, hat bei uns keinen guten Stand: Und vielleicht ist es eine List der Geschichte, dass eine [...] kluge und machtbewusste Protestant aus dem Osten die Deutschen mit der Realität versöhnt.“ Der Politikwissenschaftler Gerd Langguth resümiert im *Rheinischen Merkur* vom 26. Januar 2006: „Sie (die Bundeskanzlerin) reduzierte den Showanteil drastisch zu Gunsten des Sachanteils. [...] Auf einmal kommt eine Dame in Schwarz auf die

Bühne, ohne das Brimborium lauter politischer Fanfarenstöße – und redet, ziemlich direkt, analytisch.“ Ähnliches könnte man auch über den Politikstil anderer Kabinettsmitglieder sagen. Müntefering, Steinbrück, Schäuble, Steinmeier oder Jung, hier wird hart gearbeitet und nicht so viel dargestellt. Das ist erstens richtig, und zweitens kommt es an. Hinter dem Lob und der Anerkennung der Bundeskanzlerin steht auch eine Bundesregierung der großen Koalition.

Auch wenn es keine Liebesheirat zwischen Union und SPD, sondern eine Verunfehrtete war, ist diese Regierung zum Erfolg verpflichtet.

Auf die in letzter Zeit häufiger gestellte Frage, was diese Bundesregierung zusammenhält, gibt es eine klare Antwort: erstens das Wohl des Landes, zweitens das Wahlergebnis und drittens der Koalitionsvertrag. Dieses sollte nie zu Gunsten von Eitelkeit und Inszenierung aus den Augen geraten. Der Chefredakteur dieser Zeitschrift, Wolfgang Bergsdorf, schrieb in der Dezember-Ausgabe 2005 in seinem Editorial: „Auch die so rasch vergessene erste Regierung der großen Koalition 1966 bis 1969 hat eine kraftvolle und nachhaltig wirksame Politik gestalten können. Niemals zuvor und auch nicht danach wurde in so kurzer Zeit so viel bewegt.“ Die große Koalition in der DDR, für die Namen wie Lothar de Maizière (CDU) und Richard Schröder (SPD) stehen, hat ebenfalls in kurzer Zeit ziemlich viel erreicht.

Die Bundesregierung unter Angela Merkel soll einmal so in der Rückschau betrachtet werden: kraftvoll und nachhaltig wirksam. Alles fängt mit mutigen einzelnen Schritten an. Hauptsache, sie gehen in die richtige Richtung. Auf lange Sicht wäre mir natürlich eine Regierung mit einer klaren Mehrheit der Union lieber.